

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 24.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Belegblätter für Halle und Querfurt 2.00 M., für die Postbezugsstellen 2.50 M., für die Postbezugsstellen 2.50 M., für die Postbezugsstellen 2.50 M.

Zweite Ausgabe

Belegblätter für die Hallesche Provinzialverwaltung oder deren Beamte 1.00 M., für die Hallesche Provinzialverwaltung oder deren Beamte 1.00 M., für die Hallesche Provinzialverwaltung oder deren Beamte 1.00 M.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62.
Telefon 8108 u. 8109; Telefax 8110.
Verleger: L. S. Gieseler, Halle a. S.

Mittwoch, 15. Januar 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telefon Amt Kurirtel 91. 0230.
Druck und Verlag von Otto Zühlke in Halle a. S.

Das Submissionswesen.

Angeichts der bevorstehenden Beratung über den im preußischen Abgeordnetenhaus von den beiden bekanntesten konservativen Abg. Sommer und Malfewitz eingebrachten Antrag — ein Submissionsamt zu errichten zum Zweck energischer Förderung der Handwerker-Gesellschaften und freien handwerklichen Lieferungsverbände durch gemeinsame Übernahme von Arbeiten an staatlichen und kommunalen Bauten und Lieferungen — liegt es nahe, den Abstand zwischen der jetzt in Preußen geltenden Regelung des Vergangenswesens und dem im Antrag zum Ausdruck kommenden Wünschen des Handwerks einmal genauer abzumessen und dabei zu untersuchen, ob es denn wirklich eine so große Kluft gibt, die hier gemeinheitsfreundliche Schritte in der im Antrag bezeichneten Menge zu betätigen. Erfreulicherweise sind Sommer und Regierung in dieser Frage gar nicht mehr so weit voneinander entfernt, und die Möglichkeit einer solchen Feststellung zwingt zu Dank an den gegenwärtigen preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten, der mit seinen Änderungen vom 23. Dezember 1905 und vom 4. September 1912 unzulässig seine handwerkfreundliche Gesinnung bewiesen hat. Wenn der vorjährige Septemberratschlag die nachgeordneten Stellen z. B. anweist, der Heranziehung von Handwerkerleistungen zur Ausführung von Arbeiten und Lieferungen ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen, als solche Vereinigungen Genossenschaften, freie Satzungen, für den einzelnen Fall gebildete Lieferungsverbände und dergleichen benannt und die mit der Vergabe staatlicher Leistungen und Lieferungen betrauten Behörden ersucht, allen derartigen Vorfällen auf gemeinsame Vererbung von Handwerkergruppen tustliche Förderung angedeihen zu lassen, so bewegt sich dies durchaus in der Richtung der Wünsche, die der wirtschaftlich selbständige Mittelstand so oft vorgetragen hat und an vielen Stellen noch heute äußern muß. Manche großstädtische Kommunalverwaltung täte gut, die beiden Ministerialräte aufmerksam zu lesen und auf die Beziehungen zum ortsanfälligen Handwerk etwas Breitenbasiertes Geist zu träufeln, der dem „großen Wert, der haarscheinig auf die Erhaltung eines leistungsfähigen Handwerkerstandes gelegt werden muß“, durch beherrschtes Eingreifen aus Beauftragungen von Mittelstandsverbänden zum Bindungsgegenstande nicht einigen Fortschritt im Vordergrund regelmäßig der „angenehmen Preis“, der der langen Herrschaft des Mindestpreises ein Ziel setzen möchte. Wie aber stellt sich die jüngste Ministerialnote zu diesem Kardinalpunkte der dem Arbeitsamt nach angemeinerten Preisgestaltung? Kein Zweifel, auch hier ist der Einfluß der vorjährigen Abgeordnetenhausverhandlung über den Antrag Sommer ein wenig erkennbar und auf dem Papier nähert sich Minister von Breitenbach einige Schritte dem Wünsche des Handwerks. Erneut wird nämlich in Erinnerung gebracht, daß die niedrige Gebotordnung als solche für den Zuschlag nicht entscheidend sein soll; vielmehr dürfe der Zuschlag nur auf ein in jeder Beziehung annehmbares, die tüchtigste und rechtzeitige Ausführung der betreffenden Arbeit gewährendes Angebot erteilt werden. So der Minister bekennt sich ausdrücklich zu dem Grundsatze, daß einer tüchtigen Arbeit auch ein entsprechender Lohn werden solle. So dankenswerter indes die Anweisungen und Umschauungen auch sein mögen, so wird in der Praxis doch der Zuschlag sich leider auch künftig von der Mindestforderung vorausichtlich nicht allzu weit entfernen. Der Wille des Erlasses, der Zuschlag sei demjenigen der drei als Mindestfordernde in Betracht kommenden Bewerber zu erteilen, dessen Angebot unter Berücksichtigung aller Umstände als das annehmbarste zu erachten ist, bringt zu leicht fahbaren Anhalt, als daß er am Quell der staatlichen Vergabungen überleben könnte. Gewiß, der September-Erlass stellt die Annahme, die Beförde sei an den Preis der drei absolut Mindestfordernden gebunden, in aller Form als Irrtum hin. Aber er empfiehlt es doch nicht einmal, den Zuschlag zu einem anderen als zu niedriger erscheinenden Preis zu vergeben, sondern will ihn hier nur auf ganz besondere Fälle beschränkt wissen, die sich in der Praxis natürlich als Fälle finden lassen. In diesem Hauptpunkte also sollte Herr v. Breitenbach seinen so wohlmeinenden Erlass noch der Nachprüfung würdigen, und die Hoffnung, er werde dann zur Freude des Handwerks entschlossen den Schritt zur Abschaffung des angemessenen Preises tun, rechtfertigt sich ja durch die Erwägung, daß die an dieser Stelle der Vergütung ausgeprochenen Grundgedanken die Schlussfolgerung des angemessenen Preises nicht allein zulassen, sondern auch in erster Linie nahelegen. Einen Erlass, der „einer tüchtigen Arbeit auch einen entsprechenden Lohn“ sichern will, kann ja weder Mindest- noch Höchstforderung bezogenen, muß vielmehr von selbst den angemessenen Preis zur Richtschnur machen.

Die Benutzung von vielen handwerklichen Vernehmungen haben, daß nach dem September-Erlass der Gegenstand der Ausschreibung in allen wesentlichen Bestimmungen bestimmt bezeichnet werden soll, und daß für alle für die Preisberechnung erheblichen Nebenumstände vollständige, eine zutreffende Beurteilung ermöglichte Angaben zu machen sind. Wird diese Anforderung beachtet, so wird aber-

mals ein Teil der handwerklichen Submissionsbeschwerden verkommen. Eingehen wird man verschiedener Meinung darüber sein können, ob das gegenwärtige Verfahren zur Ermittlung von Preisen für laufende Unterhaltungsarbeiten bei staatlichen Hochbauten, wie es in einzelnen Bezirken verfahrensweise angeordnet ist, der Wettbewerb gewürdigt werden mußte. Was endlich die Zuziehung von Sachverständigen aus dem Handwerk angeht, so sucht der Ministerialerlass sich zwar den Mittelständlichen zu nähern, aber da den nachgeordneten Instanzen nur ein entsprechender Rat erteilt wird, mag sich hier allzu viel wohl nicht ändern. Zur Kennzeichnung des damit berührten Gebietes sei nur erwähnt, daß z. B. in Preußen die Anordnung von Sachverständigen abweist, weil er sich selbst für die Sachverständigen hält und von der Zuziehung aus eines Spezialisten eine Minderung seines Ansehens befürchtet. Der Minister kennt die kleine Schwäche seiner die minores, sucht vorzüglich die Spitze der Empfindlichkeit zu umgehen, erweitert aber doch die frühere Vorrichtung, bei Anstellung zum Vergabungsgegenstande steht einigen Rats in Vorbereitung, nimmere dahin, daß bei Vorbereitung von Vergabungen, selbst bei der Abnahme der Arbeiten, die Zuziehung ansehnlicher der Verwaltung stehender Sachverständiger, so weit sie nach den Umständen zweckmäßig und zweckdienlich ist, als ein angeordnet gelten könnte. Im Wahrheit ist jedoch die Zuziehung der handwerklichen Sachverständigen auf neue von Verleihen des jeweils zuständigen Beamten abhängig gemacht, ohne daß die angedeuteten psychologischen Momente irgendeiner Mißachtung erfahren hätten. Auch dieser wichtige Punkt zeigt, daß der Antrag Sommer-Malfewitz durch den September-Erlass keineswegs gegenstandslos geworden ist. Aber wieder schließt die Gedankengänge des Ministers die vom Handwerk gemeinheitsfreundliche Regelung nicht aus, rechtfertigen vielmehr gerade eine bestimmte Vorrichtung, ohne die es ja hier einen Wandel zum Besseren nicht geben wird.

Die neue Verzögerung in London.

Europa hat allen Meldungen entgegen noch immer nicht gesprochen. Die Großmächte haben zwar dem Vorklage der an die Türkei abgehenden gemeinsamen Erklärung zugestimmt, aber diese in Konstantinopel noch nicht unterbreiten lassen. Sie soll so abgefaßt werden, daß sie nur dann Geltung haben soll, wenn die Mächte sich weigern sollte, dem in der Note der Mächte enthaltenen Rat der Mächte zu entsprechen. Die ottomanische Delegation hat zwar die Absicht geäußert, heute nach Konstantinopel abzureisen, es scheint aber durchaus nicht sicher, daß die Trobung sehr ernst gemeint ist. Natürlich würde die Ausführung dieser Absicht den förmlichen und völligen Abbruch der Friedensverhandlungen bedeuten. Es ist indessen, wie gesagt, unwahrscheinlich, daß die türkischen Bevollmächtigten London verlassen werden, ohne zuvor die Entscheidung über Frieden oder Krieg durch den großen Plenarat abzuwarten, der in Konstantinopel einberufen werden soll. Die Delegierten der Balkanstaaten wollen heute oder morgen zu einer Sitzung zusammenkommen, an der die Türkei einen Anteil nehmen wird. In ununterbrochener Kreise glaubt man nicht an eine Wiederaufnahme des Krieges. Man hält die Erneuerung der Feindseligkeiten selbst dann für unwahrscheinlich, wenn aus der Suspension der Friedenskonferenz ein offener Abbruch wird.

Das Aussenbüreau erfährt von einem Delegierten der Balkanstaaten, daß die Mitglieder der Missionen der Balkanstaaten entschlossen seien, England unmittelbar nach Heberreichung der Note der Verbündeten an die Türkei zu verlassen. Was gestern Abend nur seine Mitteilung darüber zu erhalten, in welcher Weise diese Note überreicht werden soll. Was die Note der Mächte betrifft, so sieht man, daß das genaue Datum ihrer Heberreichung den Verbündeten der Mächte in Konstantinopel überlassen werden ist, obwohl bisher keine amtliche Angabe darüber vorliegt. Was die Antwort der Türkei anlangt, so scheint keine Hoffnung zu bestehen, daß sie annehmbar für die Verbündeten ausfällt. In gut unterrichteten Kreisen wird sehr wenig Hoffnung ausgesprochen, daß die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten vermieden wird. Allerdings wird betont, daß wahrscheinlich ein Heines Geheiß den kürzesten Weg zum Frieden zeigen würde. Denn man glaubt allgemein, daß Adrianopel seinem neuen Angriff wieder Widerstand leisten können, und daß es noch keinem Fall möglich wäre, die Türken und die Balkanverbündeten zu einer Einigung zu bringen. In Balkanstaaten wird erwartet, daß der Friede schon unterzeichnet sein würde, wenn die Türken unverzüglich den an sie gerichteten Forderungen entsprechen hätten. Würden aber die Feindseligkeiten wieder aufgenommen, so wäre vorauszusetzen, daß die Forderungen der Verbündeten den künftigen Kriegsergebnissen entsprechen werden müßten.

Die Wiener „Neue Presse“ meldet aus Konstantinopel, daß die Vorarbeiten zum Standpunkte, Adrianopel und die ägäischen Inseln nicht aufzugeben, unverrückbar feststehe.

Nach den letzten in Sofia vorliegenden Nachrichten über die Londoner Verhandlungen und den bulgarisch-rumänischen Konflikt wird die Lage außerst pessimistisch beurteilt. Man hält die Fortsetzung der Feindseligkeiten für nahezu unermittlich. Auch besteht keine Aussicht auf die baldige Beilegung der rumänisch-bulgarischen Krise. Politische diplomatische Schritte sehen immerhin noch Hoffnung auf ein energisches Auftreten Rumlands in beiden Fragen, obgleich Rumland bisher die rumänischen Anträge ohne Unterstützung. Man hofft eben, daß die Mission Theodorows in der Stellung Rumlands einen Umschwung erzielen werde.

Die innere Lage der Türkei.

Alle Meldungen aus Konstantinopel deuten darauf hin, daß die gegenwärtige Regierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung zurücktreten wird. Riamil-Pasha ist ganz entschieden gegen eine Wiedereröffnung der Feindseligkeiten, aber die Kriegspartei ist ihm über den Kopf gewachsen. Was sein Nachfolger tun kann oder wird, entzieht sich allen Voraussetzungen.

Der Zwiespalt zwischen Rumänien und Bulgarien.

Der „Albanischen Zeitung“ wird aus Berlin telegraphiert: Die bulgarisch-rumänischen Verhandlungen sind in lebhaftem Fluss gekommen. Für den Fall, daß sich diese unmittelbaren Verhandlungen abwärts ergeben sollten, ist eine Vermittlung ins Auge gefaßt. Die Meldung, wonach die bulgarisch-rumänische Frage der Entscheidung der Völkervereinigung unterbreitet werden sollte, wird vorläufig nicht bestätigt, da man an der Hoffnung festhält, daß es gelingen werde, zwischen Sofia und Bukarest eine Verständigung durch unmittelbare Verhandlungen oder mittelbar durch eine Vermittlungsstelle, die aber nicht die Völkervereinigung zu sein braucht, herbeizuführen. Eine Zuschrift der „Germania“ aus Wien scheint die Stellung Rumlands in der rumänisch-bulgarischen Streitfrage nicht richtig wiedergegeben zu haben. Es heißt darin, Rumland ließe in Bukarest ansetzen, daß ein Angriff auf Bulgarien den Einmarsch russischer Truppen in Rumänien und den Angriff der Schwarzmeer-Flotte zur Folge hätte. Ueber eine bevorstehende Drohung Rumlands an Rumänien ist nicht das geringste bekannt geworden, und tatsächlich ist nach näheren Erhebungen ein solcher Schritt nicht geschehen.

Armeebefehl König Karls.

Anlaßlich des geliebten erhabenen Heiratsfestes erhielt König Karl von Rumänien einen Tagesbefehl an die Armee, worin es heißt: In diesem schweren Augenblick wendet das rumänische Volk sein Vertrauen und seine Liebe dem Geere zu, da es weiß, daß es keine Interessen feits mit Selbennut und Selbstverleugung verteidigen wird. Ich bin überzeugt, daß Ihr Geere als würdige Nachfolger der Selben erweisen werden, die bei Plenna, Rakova und Sibbia mit ihrem Blut den rumänischen Kriegsrühm wieder zu Ehren gebracht haben. Der König schließt mit dem Wunsch, daß das Geere auch weiterhin jene großen Eigenschaften zeigen werde, wenn das Vaterland rufen sollte.

Die Klüden der Völkervereinigung.

In einer sonst gut unterrichteten Stelle schreibt man, daß die Völkervereinigung auf einem jeden Punkte ansetzt. Ein Großmacht aus der Gruppe des dreifachen Einverständnisses soll den Vorschlag gemacht haben, die Frage der Grenzfestlegung Albanien nicht eher der Völkervereinigung zur Entscheidung vorzulegen, als bis Albanien und Österreich-Ungarn nicht mobilisiert haben. Rumland hat hierauf erklärt, es würde die Mobilisation aufgeben, falls Österreich das gleiche tut. Hierzu kann sich aber Österreich angeblich nicht verstehen.

Deutsches Reich.

* Der deutsche Kaiser in Wien? Im Wiener Korrespondenz wird berichtet, daß bisher noch keine Entscheidung darüber getroffen wurde, ob der deutsche Kaiser auf seiner diesjährigen Reise nach Korfu Wien berühren und Kaiser Franz Josef einen kurzen Besuch abstatten werde.

* Die Ernennung des Herrn v. Jagow zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes wird im „Reichsanzeiger“ bekanntgegeben.

* Ergebnisse des Betriebes der preussisch-heilichischen Staats-Eisenbahnen. Der Eisenbahnminister hat den üblichen Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der preussisch-heilichischen Staats-Eisenbahnen im Rechnungsjahre 1911 dem Abgeordnetenhaus gegeben lassen. Die Hauptzahlen aus dem wiederum mit großer Sorgfalt zusammengestellten Bericht sind unseren Lesern bereits bekannt. Auf Einzelheiten wird gelegentlich eingegangen sein.

* Weitere Entzignung polnischer Rittertüter. Den „R. N.“ zufolge ist dem Staatsministerium ein neuer Antrag auf Entzignung acht weiterer polnischer Rittertüter zugegangen.

* Das Reich unzufrieden. Auf die Anfrage des Abg. Dr. Werner Grieben betreffend die Verteilung Inbengenerlicher Schriften auf Balkanvölkern und Albaner erklärte Staatssekretär Döhring, er sei nicht in der Lage, die Anfrage zu beantworten, da ihr Gegenstand zur verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Reiches nicht gehöre.

* Mißhandlung eines Deutschen in Marokko. Die Meldung, daß der deutsche Landwirt Stössel durch französische Truppen auf marokkanischem Boden in der Gegend von Fennmur überfallen und im Besitz eines französischen Offiziers mißhandelt worden ist, wird nunmehr vollständig bestätigt.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 14. Januar 1913.

Am Bundesratspräsidenten: Dr. Caspar, Dr. Remald, Wahnschaffe.
Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 5 Minuten.

Frage A n r a g e n.

Hg. Schmidt-Berlin (Soz.) fragte an, ob der Bundesrat beschlossene die Ausschreibungslösungen für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in Glasfabriken, insbesondere die Erlaubnis zur Nachtarbeit, anzuhängen.

Hg. Müller-Meinungen (Fortschr. Wpt.) fragte: Ein derzeitiger Entwurf liegt dem Bundesrat vor. Demselben zufolge sollen in Zukunft jugendliche zur Nachtzeit nicht mehr beschäftigt werden.

Hg. Dr. Müller-Meinungen (Fortschr. Wpt.) fragte: Ist es richtig, daß eine Veränderung mit der römischen Kurie über die Befreiung von Zehnpfennigen der philologischen Fakultät an der Universität Straßburg i. Elz. nach konfessionellen Rücksichten besteht?

Hg. Ministerialdirektor Dr. Remald: Das betreffende Übereinkommen ist im Jahre 1902 im Reichsanzeiger veröffentlicht worden. (Gehehrt.) Der Wirtschaftsrechts Professor ist gegenüber dem des bürgerlichen Gemeinrechts abgelehnt. Die gleiche Praxis besteht auch an anderen Universitäten. Anlaß zur Änderung dieser Praxis besteht nicht.

Hg. Senke (Soz.) fragte, ob Verhandlungen mit dem Norddeutschen Lloyd wegen des im Jahre 1914 ablaufenden Subventionvertrages begonnen haben, und ob beschlüsselt ist, die Verhandlungen auch auf andere Reedereien auszuweiten.

Hg. Ministerialdirektor v. Jonsdattens: Bis jetzt hat mit dem Norddeutschen Lloyd nur eine unverbindliche Aussprache stattgefunden. Ob demnächst die Verhandlungen auch auf andere Reedereien auszuweiten sind, läßt sich zur Zeit nicht übersehen.

Hg. Dr. Thoma (Nat.) fragte, ob die bayerische Regierung ihre Gefängnisarbeiten zur Mitarbeit an der bayerischen Staatszeitung heranzuziehen beabsichtigt, und ob Vorläufe getroffen sind, daß Fragen der Reichspolitik in jenem offiziellen Presseunternehmen nur in Einvernehmen mit dem verantwortlichen Leiter der Reichspolitik behandelt würden?

Hg. Negationsrat Schmann: Der erste Teil der Frage ist mit ja zu beantworten (Gehehrt im Zentrum), der zweite Teil mit ja (Große Gehehrt).

Hg. Dr. Müller-Meinungen (Fortschr. Wpt.) fragte, ob Eiderstedt geschlossen ist, daß eine Verlegung der Königs-Alte durch die Konfessionierung fremder Firmen in Zukunft ausgeschlossen ist.

Hg. Negationsrat Schmann: Die Maßnahmen der baltischen Regierung lassen erkennen, daß sie bemüht ist, sich im Rahmen der Bestimmungen der Königs-Alte zu halten. Auch in Zukunft werden die Rechte der Eingewanderten in lokaler Weise durchgesetzt werden.

Hg. Erdberger (Ztr.) fragte wegen K r a u s a m f e l l e n im B a l t i k r e i e a n.

Hg. Negationsrat Schmann: Bis zu welchem Grade die Gerichte auf Sachverhalten beruhen, insbesondere in die Ausdehnung irregulärer Banken zur Zeit zu legen sind, läßt sich von hier aus nicht übersehen. (Rufen.) Die deutsche Regierung hat sich stets an die durch die Gerichte berufenen Regelungen gewandt und darauf hinzuwirken gesucht, daß belagerten Übergrößen vorgebeugt wurde.

Darauf wurde die zweite Lesung des E t a t s (Reichsamt des Innern) fortgesetzt.

Zum Titel „Geheim des Staatssekretärs“ lagen bisher 7 Resolutionen vor.

Hg. Dr. Mager-Rauhenstein (Ztr.): Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im vorangegangenen Jahre zeigt eine günstige Aufwärtsbewegung. Unser Außenhandel hat es auf eine Gesamtsomme von 18 bis 19 Milliarden Mark gebracht und ein ähnliches erfreuliches Bild zeigt die Entwicklung unseres Innenhandels. Im Vergleich zu der Lage des Weltmarktes in letzter Zeit, der besonders hart unter der Kreditinflation und der Kriegskurskurve litt, kann man das Jahr 1912 als das Jahr der Kontrakte bezeichnen. Wir billigen die Tendenz der Reichsamt, weiteres Gold aus dem Verkehr zu ziehen und für sich zu reservieren. Als Grundlage für die neuen Handelsverträge sollte eine Produktionskostenpolitik vorgelegt werden. Ich bitte die Regierung um Auskunft, wie weit diese Statistik gediehen ist. Ohne näher auf Fragen der inneren Politik einzugehen, will ich doch die Ausführungen des Hg. Bisher zurückweisen, die er gegen die katholische Kirche und deren Oberhaupt gemacht hat. Sie zeigen eine Unkenntnis über die Geschichte und seinen und seiner Partei maßlos das gegen Kirche und Christentum (Gehehrt). Sehr richtig! (im Zentr.) Die katholischen Arbeiter lehnen Herrn Bisher als ihren Vorgesetzten für religiösen und sozialen Dingen ab. Sie werden die Antwort bei den Wahlen geben. (Beifall im Zentrum.)

Hg. Reich (Nat.): Gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Verschwendung von Geldern durch Klezime und gegen Nachzahlung ausländischen Kaufs sind dringend notwendig. Das Zentrum bemüht sich, den Kaufmannstand konfessionell einzugliedern. Diese Partei, der es nur auf konfessionelle Spaltung ankommt, hat nicht das Recht, sich Mittelstandsarbeit zu nennen. Das Konfessionsgesetz und die Umbildung der Zentralbanken heranzuziehen. Weitere Maßnahmen im Interesse des Mittelstandes sind dringend notwendig; so müssen die Wandlerlager ganz verboten werden. Auch gegen das Vorgunwesen sind Maßnahmen dringender nötig.

Hg. Graf Westarp (Zentr.): Hg. Bisher hat hier ein Schreiben verlesen, das vom Staatssekretär stammt und geschlossen und zu verärrlichen Zwecken benutzt worden ist. Der Protest des Staatssekretärs war vollkommen berechtigt. (Rufen bei den Soz.) Der Bisher ist nicht besser als der Täter. (Zuruf bei den Soz.) (Beifall im Zentrum.) Wir bitten den Staatssekretär in diesem Falle energisch vorzugehen und Vorfragen zu treffen, das in Zukunft etwas derartiges nicht vorzukommen kann. Ich behaupte, daß der Präsident gegen den Hg. Bisher nicht eingegriffen ist, daß der Präsident Dr. Kaempf: Sie haben nicht das Recht, die Tätigkeit des während der Rede des Hg. Bisher antretenden Vizepräsidenten in dieser Weise zu trivialisieren.

Hg. Graf Westarp (Zentr.) fortsetzend: Anstelle unserer alten Resolution für einen besseren Schutz der Arbeitswilligen beschreiben wir uns heute mit der Forderung eines Verbots des Streikpostens. Wenn die Frage der persönlichen Freiheit erst bei der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuchs geregelt werden soll, so müssen die Arbeitswilligen mindestens bis zum Jahre 1917 auf den ihnen verpropagierten Schutz warten. Auch unserer Ansicht ist über die Sache nicht zu entscheiden. Die Ausführungen im Jahre hinausgeschoben werden dürfen. Die Ausführungen bei Arbeitsverträgen sind wohl durchweg auf das Streikpostensverbot zurückzuführen. Für stärkere Maßnahmen gegen das Streikpostensverbot haben sich auch die Organisationen der vaterländischen Arbeiterverbände, der Zentralverband Deutscher

Industrieller, der Bund der Industriellen, der Dachverband und der Deutsche Handeltags ausgeprochen. Auch viele Vereine von Handelskammern seien, das ist nach dem fondergelegen besteht Es ist ein schweres Verbrechen der Regierung, daß beratige Mitglieder eintreten konnten. Wir können die Verantwortung nicht übernehmen, deshalb haben wir unsere Resolution eingebracht Das von uns verlangte Gesetz ist kein Ausnahmengesetz; als solches ist vielmehr das Reichsverfassungsgesetz anzusehen, das nur Arbeitern zugute kommt. (Rufen bei den Soz.) Auf die Unterlegung der Fortschrittlichen Volkspartei werden wir nicht rechnen können, denn die Herren sind konfessionell verpflichtet, nichts zu tun, was der Sozialdemokratie unangenehm wäre. Das Jener Stichwahlabkommen, durch das die Wahlfreiheit unter die Freistimmigen und Sozialdemokraten verteilt wurde und in dem die Dämpfung im Wahlkampf eingesamlet wurde, hindert die Herren daran. (Rufen.)

Hg. Bisher bietet die Ausführungen möglichst aufzuklären.

Hg. Graf Westarp (Zentr.): Das Stichwahlabkommen hat die ernste Seite, daß der Sozialdemokrat der Hauptvorteil zugesallen ist und daß die Fortschrittliche Volkspartei aus der Gemeinschaft der bürgerlichen Parteien damit hat auscheiden müssen. Zwischen uns und der Sozialdemokratie besteht eine unüberbrückbare Kluft. Eine Regierung, die auch nur in einem Punkt der Sozialdemokratie nachgibt, handelt befehlisch. (Beifall rechts.) Wir bitten den Reichsanwalt mit aller Schärfe daran festzuhalten, daß ein Stichwahlabkommen niemals wieder sein kann.

Hg. Dr. Müller-Meinungen (Fortschr. Wpt.): Während des ersten Teils der Ausführungen des Hg. Westarp haben seine Parteireisende gesprochen. (Rufen des Vizepräsidenten Dowe: Sie dürfen nicht das Verhalten des Hauses einer Kritik unterziehen, wenn es sich nicht in Geräußnissen äußert. (Schallende Gehehrt.) Niemand ist ungeladener dazu, der Fortschrittlichen Volkspartei eine solche Vorlesung zu halten, wie Graf Westarp. Ohne sie würde er nicht hier im Hause sitzen. In Zukunft hat er nicht auf uns zu rechnen. (Rufen rechts.) Warum sprach Graf Westarp nicht vom Gohlfunden während oder davon, daß die Konfessionellen mehrere Sitze den Sozialdemokraten ausbelehrt haben. Wir machen unsere Stellung in großen nationalen Fragen nicht abhängig von Parteiarbeit einzelner Parteien. Wir gehen auf den Gedanken, die (Schallende Gehehrt) im ganzen Hause) Das steht aus dem Abstimmungsresultat über die Schwarzvorlagen hervor. Deshalb hat Graf Westarp nichts gegen die Förderung des französischen Chauvinismus durch den Hg. Wetterle gesagt? Doch lediglich aus Fremdscham gegen das Zentrum, während alle Parteien sich in der Beurteilung dieses Vorgehens einig sind. (Rufen. Bravo! und großer Rufen.) Die Konfessionellen sind weiter nichts als die Schillingsträger des Zentrums. (Schallende Gehehrt.) Staatssekretär Dr. Delbrück sollte sich einmal eingehend über die Beschaffungen jugendlicher Personen in der Landwehr immer noch nicht abschließen. Wenn die Regierung weiter in so tendenziöse Weise in dem Streit der Kräfte mit den Brantenlassen gegen die Kräfte vorgeht, so braucht sie sich nicht darüber zu wundern, daß die Kräfte von größtem Mißtrauen erfüllt sind. Die Forderung nach einer Reform des preussischen Wahlrechts muß dringender wiederholt werden. Wenn der jetzige Prinzregent von Bayern für ein liberales Wahlrecht eingetreten ist, dann sollte ein derartiges Wahlrecht auch für Preußen nicht staatsgefährlich erscheinen. Einer neuen Justizhausvorlage vermerken wir nicht auszuwählen. Innerer Interpellationen über die Anwendung des Vereins- und Versammlungsrechts werden sich so lange mehrzwehen, bis die Minderheit aufhört zu sprechen. Eine Reform des Konfessionsgesetzes namentlich für die Wechsellern ist dringend zu fordern. Die sogenannte Gewerkschaftsenschaft seit nur ab auf die Unterdrückung jeder Selbständigkeit in sozialpolitischen Dingen. Dadurch wird der konfessionelle Friede unter der deutschen Arbeiterchaft auf schwerste gefährdet. Alle Kräfte der Kurie sind nur auf eine Sprengung des deutschen Volkes gerichtet. Schon sind beratige Versuche auch bei der deutschen Kurie, beim Kaiserhof, gemacht worden. Und die Regierung treibt diesen Versuchungen gegenüber eine Einigungslosigkeit, die nichts ist und nichts weiß. In verführerischen sozialpolitischen Fragen sind wir nicht einig gekommen. Wir werden auch in Zukunft an der Erhaltung des politischen und konfessionellen Friedens aller Stände mitarbeiten. (Beifall bei den Fortsch. Wpt.)

Hg. v. Morawski (Zentr.): Angeht die politische Unterdrückung der Polen in Preußen nicht unbedingt eine Stelle im Reich geschaffen werden, bei der die Polen sich ihr Recht suchen könnten. Aus, die ganz neutralen landwirtschaftlichen politischen Vereine werden neuerdings bedrückt.

Hg. Dr. Lauer-Franzfurt (Soz.): Dieser Reichstag und dieser Angehörige ist die unzulässigste Gewandtheit durch Einbringung des Reichstagesgesetz die weitere Bekräftigung der Konfessionsfreiheit für die deutschen Arbeiter zu verlangen. Das Zentrum markiert immer mit, wenn es gilt, dem Volke das Reich und den Kaiser zu verteidern. In der Reichstagskommission hat das nationalliberale Mitglied alle Maßnahmen, die zur Verbilligung des Reiches dienen sollen, zu Fall gebracht. Die Konfessionellen müßten die deutsche Arbeiterchaft an Händen und Füßen fesseln, damit sie wehrlos den großen Unternehmer-Organisationen gegenüberstehen. Und doch sollte man vor der Arbeiterchaft den Hut ziehen, die nur aus rein fittlichen, eitlichen Motiven in eine Lohnbewegung treten und im Vorhinein den Streit proklamieren. Auch in den verlassenen Jahre haben wir es mit einem schlichten Hinsatz der Sozialpolitik zu tun. Niemand denkt daran, die schreiendsten Mißstände zu beseitigen. Das Reichstagsgesetz ist im Interesse der Väterlandesehörigen dringend nötig.

Hg. v. Weidung (Welfe): Die Anweisung unserer nationalen Gesinnung durch den Hg. Müller-Meinungen empfinden wir als eine schwere Verleumdung.

Weiterberatung: Mittwoch 1 Uhr. Präsident Kaempf teilt mit, daß über die konfessionelle Resolution, betreffend das Streikpostensgesetz, von den Sozialdemokraten namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Schluß 7 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 14. Januar 1913.

Am Ministerpräsidenten: Dr. Senge, Dr. Westarp.
Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Schwarg eröffnete die Sitzung am 10 Uhr 15 Minuten.

Die erste Beratung des E t a t s wird fortgesetzt.
Hg. Dr. Uebrecht (Soz.): Wir haben dem Etat sehr kritisch gegenüber und machen der Finanzverwaltung den Vorwurf, daß die Überschüsse der Betriebsverwaltungen mit dem Schwere der

Armenen durdrängt sind. Die Steuerzuschläge müssen jedoch wie möglich befristet werden. Die Besteuerung im Reich wird maßvoll sein, aber dann muß man sie aus den Händen der Sozialdemokraten annehmen. Die drei Millionen zur Verklärung des Unterhaltungsgebäudes sind so verteilt, daß wieder die höheren und mittleren Beamten am besten fortkommen. Die Unterhaltungsgebäude für Staatsarbeiter sind trotz der teuren Zeiten nicht erhöht, und dabei wird das Koalitionsrecht der Beamten und Staatsarbeiter in jeder Weise eingeschränkt. Aus dem gehen im Reichstag von dem Hg. Bisher der wünschenswerten Schriftwechsel zwischen der Reichsregierung und dem Minister des Innern geht hervor, daß im Ministerium des Innern eine Absiehung gegen die Einführung der amtlichen Maßformen besteht. Die Sache sollte geheim bleiben. Wir aber können ein beratiges gemeinschaftliches Verfahren hinter den Kulissen und eine Verschönerung gegen das Volkswort nicht dulden. (Präsident Graf v. Schwerin-Schwarg: Sie dürfen der Regierung einen beratigen Vorwurf nicht machen, sonst muß ich Sie zur Ordnung rufen.) Das Zentrum hat keine Anleihe, sich wegen des Reutenschenes zu ereifern. Als der Handelsminister seine Erklärung über den Streit im Saarrevier abgab, muß Herr Junibsch wie einen bezauberten Pudel zumute gemein sein. (Präsident Graf v. Schwerin-Schwarg: Ich bitte den Herr Bisher, sich von dem Hg. Bisher nicht durch die Rede des Reichstages in der Gegenwart zu lassen. Die Einführung von ausländischem Vieh sollte über den 1. April hinaus verlagert werden.)

Hg. v. Armin (Nat.): Wenn der Vorredner sagt, für die Beamten werde zu wenig getan, so weiß ich darauf hin, daß die Besoldungsordnung um jährlich 200 Millionen mehr kostet. Die Zukunft des Handelsministers über den Streit im Saarrevier halten wir für ansehend. Ich bitte den Finanzminister, alles zu tun, was möglich ist, um den Kurs der Staatspapiere zu heben. Das Sparfaktensystem billigen wir. Es hat uns überführt, daß die Zentralgenossenschaftskasse die Sparfaktensystem angehehen haben soll, erhebliche Summen zur Ultimoaufspeicherung zu verwenden. Das kann nicht die Aufgabe der Sparfaktensystem sein, die die besten des Lebens nicht zu unrecht im Reichstag sind, daß sie die inneren Relationen nicht wollen. Wir müssen eine intensiver Schuldenbewältigung vornehmen. Mit den Erklärungen des Kultusministers über die Reutenschen sind wir im allgemeinen einverstanden. Die Erregung des Grafen Prasanna war vom tatsächlichen Standpunkt aus gerechtfertigt und berechtigt. Ein Bundesrat müßte aber auf die Empfindungen der evangelischen Bevölkerung Rücksicht nehmen. Nebenhande sich dann in längerer Ausführungen gegen die Sozialdemokratie und führte aus: Das Stichwahlabkommen zwischen den Freistimmigen und den Sozialdemokraten betrachte ich als das traurigste Ereignis in der inneren Politik seit langer Zeit. In weiten Kreisen des Landes haben sich die Begriffe über die Gemeingefährlichkeit der Sozialdemokratie verbunden. (Sehr richtig! rechts.) Der Nationalinnere Relationen nach dem Hg. Westarp, daß sie im Reichstag der Vizepräsidentenwahl (Auf rechts: Beifall.) Ich wünsche, daß die Reichsregierung energischer Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie vorgeht. In weiten Kreisen des Volkes wird ein Befehl zum Schutz der Arbeitswilligen gefordert. Es muß etwas geschähen, damit die Zustände wieder herbeigeführt werden, wo der Druck des Sozialistengesetzes auf der Sozialdemokratie lastete. (Beifall rechts.)

Hg. Junibsch (Zentr.): Bei der Justizverwaltung besteht die Ansicht, die Zahl der kleinen Amtsgerichte nicht zu vermindern, sondern zu vermehren. Der Bevölkerung des platten Landes soll Gelegenheit gegeben werden, leicht zu den Gerichten zu kommen. Hierbei ist der Gebante maßgebend, daß der Richter der Bevölkerung nahe sein soll.

Finanzminister Dr. Senge: Die Vorwürfe des Hg. Dr. Westarp gegen unsere Finanzpolitik sind un begründet. Er hat keinen Beweis für seine Behauptung erbracht, daß wir eine Sparwirtschaftspolitik zum Schaden des Staates treiben und daß die Kulturverbände zurückgelehrt werden. Es ist darüber gesagt worden, daß wir zu wenig Silbergeld haben. Für das nächste Jahr ist eine umfangreichere Prägung von Silbergeld in Aussicht genommen. In der Beteiligung von Sparfaktens in der Ultimoaufspeicherung liegt nichts Verhängliches, weil es sich dabei nur um Kaffen handelt, die der Zentralgenossenschaftskasse angehängen sind.

Hg. Dr. Vorhoff (Zentr.): Nachdem der Bundesrat so lange über die Interpretation des Gesetzes beraten hatte, war man auf eine Milderung des Gesetzes geeigt. Als dann aber die Reichstagskommission kam, wurde eine tiefgehende Erregung des katholischen Volkes kommen. Die bayerische Regierung hat ebenso wie die preussische und sächsische den Begriff der Erbdenstigkeit selbständig interpretiert, dazu war sie formell durchaus berechtigt. Und dadurch soll sie eine Brandfahne in das deutsche Volk geworfen haben! Wir haben nicht daran gedacht, einen Brand zu schüren, sondern wir sind die Angegriffenen. (Beifall im Zentr.)

Kultusminister v. Trosz zu Golz: Der Hg. Dr. Vorhoff Irrt, wenn er meint, daß in Preußen allmählich eine Änderung der Auffassung über die Bedeutung und Auslegung des Reutensgesetzes eingetreten sei. In Preußen ist überhaupt keine allgemeine und erhebliche Anweisung an die Behörden über die Auslegung und Anwendung des Gesetzes ergangen, auch kein Geheimverbot. Bei der Emanation des Gesetzes hat die Auffassung bestanden, daß zur Erbdenstigkeit auch die preussische Erbdenstigkeit gehöre, weil der Orden ein preussischer Orden ist. Die religiöse Tätigkeit ist auch in einem Überwachungsgerichtskenntnis festgelegt worden. Die Auslegung des Bundesrats bedeutet keineswegs eine Verschärfung der bisherigen Praxis, sondern nur eine Kodifizierung der bestehenden Verhältnisse.

Hg. Graf Wolke (Freisinn.) schwer verständlich: Der antikatolischen Presse wird vielfach ihr Ton und ihre Haltung gegenüber dem katholischen Volk zum Vorwurf gemacht. Tengehörig ist der Hinweis auf die Haltung des Zentrums bei der Wärrnacktehrung im Reichstag und während des Kulturkampfes angebracht. Katholizismus und Jesuitismus sind, wie ich mehrfach schon gesagt habe, daselbst nicht. Wie die Geschichte lehrt, ist es nicht immer so gewesen, denn die Jesuiten gehen weiter als alle anderen katholischen Orden, indem sie die Verpflegung des unbedingten Gehorsams gegen den jeweiligen Papst auf ihre Fahne geschrieben haben. Deshalb kann es vorkommen, daß sie in Gegenwart zu ihren staatsbürgerlichen Pflichten geraten und den Thron gegenüber dem Altar zurücktreten lassen. Es ist anzuerkennen, was die Jesuiten für den Unterricht getan haben. Freilich ist ihre dialektische Methode, die sie ausgebildet haben, nicht zu billigen.

Hg. Dr. Hofmann (Nat.): Wir wünschen, daß auch Privatvereine, die sich der Jugenderziehung widmen, vom Staat unterstützt werden. Die Auslegung des Bundesrats über das Reutensgesetz bedeutet keine Verschärfung der bisherigen Lage. Das Ministerium des Innern hat sich auch gegenüber anderen Ministerien recht wenig

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1687216X191301152-15/fragment/page=0005



